

»It is no longer a question of protecting spaces susceptible to exploitation of their natural resources but of defending the integrity of a society that extends far beyond humanity to include other beings in the environment who, having become persons through this global sociability, under customary law would no longer be objects but subjects, as in the case of human beings.« (2005, S. 15)

Wie sich in den Ausführungen zu indigenen Territorialitätskonzepten bereits andeutet, sind das soziokulturell geprägte Verhältnis von Menschen zu ihrer Umwelt, die Vorstellung von Natur bzw. etwaige Grenzziehungen zwischen Kultur und Natur oder ein Fehlen ebensolcher häufig zentrale Aspekte in Konfliktsituationen zwischen westlich-modernen und indigenen Gesellschaften, die den Gegenstand der vorliegenden Arbeit bilden. Im Folgenden soll nun auf Konfliktsituationen gemäß dem thematischen Zuschnitt der ausgewählten Dokumentarfilme eingegangen werden.

3.2 Konfliktsituationen: Ein Überblick

Das Etablieren bzw. Bestehen nichtwestlicher Territorialitäten neben dem ›nationalen Raum‹ setzt die Akzeptanz unterschiedlicher Ontologien und Mensch-Umwelt-Beziehungen bzw. -Interaktionen voraus. Dies wird besonders dann kritisch, wenn es um die Verfügungsgewalt über natürliche Ressourcen geht, wenn neoliberalen Konzepte hinsichtlich der Wahrnehmung der Umwelt als in Waren umwandelbare Ressource den Rechten Indigener gegenüberstehen, die sich auf nichtwestliche Konzepte berufen (Kuppe, 2002). Der westlich-moderne Raum wird ›in Wert gesetzt‹, also nicht nur ausgebeutet, sondern entlang historischer Bedingungen des Kapitalismus transformiert. Diese ›Inwertsetzung‹ als grundsätzliche Transformation des Raums im Kontext der Territorialisierung entlang westlich-moderner Vorstellungen wird vor allem aufgrund des Ausmaßes ihrer Konsequenzen mittlerweile als eigenes Erdzeitalter, als *Anthropozän* bezeichnet (Altvater, 2013).⁶ Die These der Prägung des Erdsystems durch den Menschen erfuhr nicht nur in den Geowissenschaften, sondern weit darüber hinaus Resonanz, insbesondere in der Kulturwissenschaft, stellt sie doch, so Gabriele Dürbeck, »die kategorische Unterscheidung zwischen Natur und Kultur infrage und verlangt nach einer Neubestimmung der Stellung des Menschen als Bestandteil der lebendigen Welt« (2018, S. 3). Die Akzeptanz bzw. Verhandlung unterschiedlicher Ontologien und Mensch-Umwelt-Beziehungen bzw. -Interaktionen

6 Der Begriff des Anthropozäns wurde durch die beiden Wissenschaftler Paul Crutzen und Eugene F. Stroemer (2000) eingeführt, um den Einfluss des Menschen auf den Planeten in seinem globalen Ausmaß auszudrücken. Die dem Begriff zugrunde liegende These beschreibt ein vom Menschen umfänglich geprägtes Erdsystem.

setzt die Verhandlung territorialer Konflikte daher auch in Relation zum aktuellen Anthropozän-Diskurs. Als potenzieller Beginn des Anthropozäns werden mitunter die sogenannte Große Beschleunigung nach dem Zweiten Weltkrieg genannt, das Jahr 1610, das die europäische Eroberung Amerikas, den damit einhergehenden Kolonialismus und globalen Handel in den Fokus stellt, oder aber der Beginn der Landwirtschaft vor etwa 8000 Jahren (Vermeulen, 2020). Pieter Vermeulen (2020) hält dazu fest, dass sich neben den politischen Implikationen über etwaige Verantwortung mit dem Festlegen des Beginns auch das entsprechende Narrativ des Anthropozäns ändert: Mit der Großen Beschleunigung wird die Geschichte des Konsumkapitalismus erzählt, während das Jahr 1610 den Menschen in erster Linie als Eroberer und Kolonisator definiert (Vermeulen, 2020). Insbesondere mit Letzterem steht auch die ›Inwertsetzung‹ neuer Räume nach westlich-modernen Maßstäben im Fokus. Der Abbau von Rohstoffen und die damit einhergehende ›Inwertsetzung‹ des westlich-modernen Raums ist in Lateinamerika seit der Kolonialzeit ein zentrales Element ökonomischer Bestrebungen, wobei Galeano (1994) in dem Zusammenhang zeigte, dass die kontinuierliche Ausbeutung natürlicher Ressourcen stets dem exklusiven Vorteil regionaler Eliten bzw. globaler Machtzentren diente und schon seit Beginn der Eroberung Lateinamerikas durch die Europäer*innen zur Zerstörung der Umwelt bzw. Degradierung des Lebensraums führte. Dieses ökonomische Modell, das den Rohstoffabbau als wesentlichen Faktor versteht, wird auch als Extraktivismus bezeichnet: »Unter Extraktivismus ist jenes Akkumulationsmodell zu verstehen, das auf einer übermäßigen Ausbeutung immer knapper werdender, meist nicht erneuerbarer, natürlicher Ressourcen beruht sowie auf der Ausdehnung dieses Prozesses auch auf Territorien, die bislang als ›unproduktiv‹ galten.« (Svampa, 2012, S. 14)

Am Beginn des 21. Jahrhunderts stand eine ökonomische Wachstumsphase in Lateinamerika, die vor allem auf den international hohen Rohstoffpreisen gründete. Gleichzeitig verstärkten sich antineoliberale Strömungen. Das führte zur Etablierung progressiver, vorwiegend linker Regierungen, die vermehrt Strategien zur Ausbeutung der Natur forcierten, wobei Teile der Einnahmen aus dem Rohstoffabbau und -export für sozialpolitische Maßnahmen eingesetzt werden sollten und somit als Kompensationszahlungen für die Degradierung bzw. den Verlust von Land und Boden zu sehen waren. Diese Entwicklung wird unter dem Begriff des Neo-Extraktivismus zusammengefasst (Svampa, 2019) und zog ambivalente Tendenzen nach sich, wie Eduardo Gudynas festhält:

»Die progressiven Regierungen in Lateinamerika haben zweifelsohne substantielle Veränderungen hervorgerufen: Sie haben die neoliberalen Welle gestoppt, den Staat und die Demokratie gestärkt. Sie haben vielen marginalisierten Sektoren eine aktive politische Rolle ermöglicht, die Lebensverhältnisse von Millionen von Menschen verbessert und versucht, regionale Integration in die Wege zu

leiten. Gleichzeitig scheinen der Extraktivismus und seine monetären Kompensationen seine Grenzen zu erreichen. Die Möglichkeiten der politischen Legitimation und sozialen Kompensation verlieren insbesondere aufgrund der mit der Extraktion verbundenen sozialökologischen Belastungen an Wirkungskraft. Letztere erreichen oft ein Ausmaß, das für lokale Gemeinden durch Kompensation nicht mehr aufgewogen werden kann.« (2013, S. 43)

Die Degradierung der Lebensgrundlage nahm Ausmaße an, die sich nicht (mehr) monetär abgelten lassen (Gudynas, 2013). Während eine solche Degradierung – als Folge der Kommodifizierung von Natur – zur Prekarisierung konkreter Lebensumstände führen kann, resultiert die Veränderung bzw. Zerstörung von Gebieten, auf die sich eine kulturell spezifische Territorialität bezieht, zudem in der Auslöschung damit einhergehender Vorstellungen sowie Lebensweisen und erzwingt eine Assimilation: »The dominant system also makes alternatives disappear by erasing and destroying the reality which they attempt to represent« (1993, S. 12), erläutert Vandana Shiva in ihrem Buch *Monocultures of the Mind*. Das Ergebnis sind häufig Konflikte, wobei der Neo-Extraktivismus und der damit verbundene verstärkte Druck auf Land, natürliche Ressourcen und territoriale Herrschaft die Konfliktparteien in einerseits indigene bzw. sozialökologische Bewegungen und andererseits in Regierungen und große ökonomische Unternehmen zu differenzieren scheint (Svampa, 2019).

Die Kriminalisierung von Widerstand gegen extraktivistische Praktiken und Intoleranz gegenüber Kritik seitens der Regierungen – auch in Ländern wie Ecuador und Bolivien, deren Verfassungen *buen vivir* [das Gute Leben] als Ziel politischen Handelns definieren – zeigen, wie sich einst progressive Regierungen zu traditionellen Modellen nationalstaatlicher Vorherrschaft verändern und Forderungen nach einer sozialökologisch ausgerichteten Politik delegitimieren, indem diese etwa als Strategien ausländischer NGOs zur Unterlaufung der nationalen Wirtschaftskraft (z.B. in Brasilien) oder als *colonial environmentalism* abgetan werden (Svampa, 2019). Die Drastik dieser Entwicklungen verdeutlichen die steigenden Zahlen ermordeter Umweltaktivist*innen, die vor allem in Lateinamerika mit neo-extraktivistischen Tendenzen in Verbindung gebracht werden können:

»According to Global Witness (2014), between 2002 and 2013 there were 908 documented killings of environmental activists around the world, of which 83.7 percent (760 cases) have taken place in Latin America. The data also show that the increase occurred from 2007 and even more from 2009, which coincides with the multiplication stage of the extractive projects, as reflected in the development programs presented by various Latin American governments.« (Svampa, 2019, S. 38)

Der im Zuge des Neo-Extraktivismus forcierte Rohstoffabbau, die damit einhergehende Degradiierung der Lebensgrundlage vieler Menschen sowie die unzureichende oder unmögliche Kompensation der Folgen verschärfen Konflikte, die nicht nur Indigene, sondern auch Bauern und Bäuerinnen mobilisieren, sich für den Schutz natürlicher Ressourcen einzusetzen (Svampa, 2019). Die Folgen der Degradiierung des unmittelbaren Lebensraums treffen meist die marginalisierten Teile einer Bevölkerung anstatt jene, die damit Profit machen können, gleichzeitig bleiben tiefgreifendere Sozialreformen und eine Anpassung der wirtschaftlichen Entwicklung an ökologische Herausforderungen bislang aus, weswegen die Aspekte der zunehmenden Ausbeutung und damit verbundenen ökologischen Krise ein schwerwiegendes sozialökologisches Problem sind (Burchardt & Dietz, 2013a). Die Kombination von ökologischen und sozialen Faktoren, die in Konflikten zwischen marginalisierten Teilen der Bevölkerung und dem Staat oder privaten Unternehmen zusammenwirken, sowie den daraus entstehenden Diskurs um Ressourcenzuteilung, Autonomie und Natur- bzw. Umweltschutz beschreibt Martínez-Alier (2002) mit dem Begriff des *environmentalism of the poor*. Diese Form des *environmentalism* zeigt sich unter anderem in der Formierung von Widerstand gegen den Abbau natürlicher Ressourcen, wenn dieser lediglich dem Vorteil lokaler Eliten einer Gesellschaft oder privater Unternehmen dient, gleichzeitig aber den Lebensraum der lokalen Bevölkerung verschmutzt, und steht damit einem im westlichen Kontext entstandenen Umweltschutzbegriff insofern entgegen, als letzterem zugeschrieben wurde, dem Globalen Süden die ›grüne Agenda‹ reicher Nationen und NGOs in neokolonialistischer Manier aufzuerlegen, ohne lokale soziale Gegebenheiten zu achten (Nixon, 2011). Martínez-Alers Konzept baut auf der Annahme auf, dass Menschenrechtsfragen und Umweltfragen nicht getrennt voneinander gesehen werden können. Ähnliches gilt für den Begriff der Umweltgerechtigkeit, womit Fragen nach der gerechten Verteilung von Auswirkungen ökologischer Krisen aufgeworfen werden. Analysen zu Umweltgerechtigkeit legen den Fokus laut Adamson et al. auf »the connections between different incidents of environmental degradation and economic exploitation while at the same time emphasizing the local, regional, and cultural complexities of the struggles taking place« (2002, S. 5-6) und sind im Feld der politischen Ökologie angesiedelt, der Untersuchung ökologischer Verteilungskämpfe im jeweiligen politischen, gesellschaftlichen bzw. sozialen Kontext und der zugrundeliegenden Mensch-Umwelt-Beziehungen (Coy, 2013). In der politischen Ökologie – als Zugang zur Erforschung derartiger Konflikte – wird davon ausgegangen, dass »die Verteilung von Zugangsrechten zu Natur und die Durchsetzung spezifischer Formen und Praktiken der Naturaneignung stets politisch umkämpfte Prozesse sind [...]« (Burchardt & Dietz, 2013, S. 192). Folglich sind nicht nur die jeweiligen Akteurs-, sondern auch Machtkonstellationen und entsprechende Hierarchien in Bezug auf Wissensformen, Verhandlungsmöglichkeiten und etwa das Einbringen spezifischer Entwicklungsvorstellungen innerhalb

dieser Prozesse relevant (Burchardt & Dietz, 2013). Wer beispielsweise die Degradiierung der Lebensgrundlage als solche definiert bzw. festlegt, was eine degradierende Praxis ist, gibt Auskunft über das Verständnis von Entwicklung, das zugrunde gelegt wird, und ist daher in Zusammenhang mit Machtverhältnissen zwischen etwaigen Konfliktparteien zu denken (Backhouse, 2013).

Martínez-Alier (2002) zieht Verbindungen zwischen Bewegungen, die von verarmten Teilen einer westlich-modern geprägten Bevölkerung ausgehen, und indigenen sozialen Bewegungen, die Forderungen nach territorialen Rechten erheben. Er stellt jedoch selbst fest, dass Repräsentant*innen indigener Bewegungen den Begriff des *environmentalism of the poor* häufig ablehnen, da nicht aufgrund monetärer Missstände Widerstand geleistet wird und folglich die Annahme der ›Armut‹ nicht greift (Martínez-Alier & Anguelovski, 2014). Nichtsdestotrotz sieht er den Kampf gegen die Degradierung von Lebensgrundlagen dieser Bewegungen in Übereinstimmung mit seinem Ansatz, wobei die Einschätzung einer Situation den jeweiligen Akteur*innen obliegt, etwa auch in der Unterscheidung von *environmental injustice* und *environmental racism*⁷. Dabei wird laut Martínez-Alier und Anguelovski (2014) in vielen Fällen nicht ökonomisch argumentiert, sondern anhand von Rechten, z.B. territorialen Rechten oder Menschenrechten, oder mit der Heiligkeit eines Ortes. Damit wird klar, dass Wertvorstellungen oft nicht in eine gemeinsame Sprache übersetzbare sind und die Annahme einer gemeinsamen Währung, in die die jeweiligen Werte übertragen und dann entsprechend abgegolten werden könnten, eine Form der Machtausübung ist (Martínez-Alier & Anguelovski, 2014).

Der Fokus auf dem Aspekt der Armut resultiert aus frühen Studien Martínez-Aliers (1991), die zeigten, dass die ärmere Bevölkerung in Lateinamerika – aufgrund ihrer unmittelbaren Abhängigkeit von ihrem Land und den daraus zu generierenden Ressourcen und Lebensmitteln – häufig eine hohe Motivation hat, ebendieses Land zu schützen. Die Hervorhebung der Armut und damit einer im weitesten Sinne ökonomischen Perspektive greift jedoch zu kurz, wie auch Escobar (2008) erkennt. Martínez-Alier hat, so Escobar, die politische Ökonomie als die Untersuchung ökonomischer Verteilungskämpfe um das Feld der Ökologie erweitert. Dem fehlt seiner Ansicht nach jedoch eine wesentliche Perspektive auf die Konflikte, nämlich die kulturelle, da die Entstehung dieser Konflikte in Bezug zu den jewe-

⁷ *Environmental racism* ist, so schreibt Joni Adamson, »a term that entered into political discussion on the environment in 1987 when the United Church of Christ's Commission for Racial Justice (UCC-CRJ) published a report that found race to be the leading factor in the location of commercial hazardous waste facilities« (2001, S. XV). Mittlerweile ist der Begriff auch außerhalb des US-amerikanischen Diskurses in Verwendung, um die Folgen von Umweltschäden mit der Kategorie der *race* zusammenzudenken, woraus schließlich der Ruf nach Umweltgerechtigkeit entstanden ist.

ligen unterschiedlichen Wissensformen und kulturellen Praktiken gesetzt werden muss:

»There is added value in including the cultural, and this is to neutralize the tendency to ascribe determining importance to the economic or to the ecological, depending on the taste of the researcher. In other words, economic crises are ecological crises are cultural crises. It is important not to separate these three domains but to let them interpenetrate each other.« (Escobar, 2008, S. 14)

Die kulturelle Komponente ist auch insofern von Bedeutung, als die Konflikte nicht aufgrund kultureller Unterschiede entstehen, sondern aufgrund dessen, welche Bedeutung diesen Unterschieden zugeschrieben wird: »whose norms and meaning-making practices define the terms and values that regulate social life concerning economy, ecology, personhood, body knowledge, property, and so forth« (Escobar, 2008, S. 14). Der Definition von Svampa folgend sind Konfliktsituationen, wie sie hier besprochen werden, daher mit verstärktem Fokus auf kulturell spezifische Wertvorstellungen und Konzepte als Konflikte zu verstehen,

»in denen sich Akteure mit abweichenden Interessen und Wertvorstellungen hinsichtlich des Zugangs zu und der Kontrolle über natürliche Ressourcen in einem asymmetrischen Machtkontext gegenüberstehen. Im Zentrum dieser Konflikte stehen unterschiedliche Naturauffassungen, sprachlich-symbolische Deutungsmuster und Wahrnehmungen des Territoriums sowie Vorstellungen zu deren Schutz und zukünftiger Nutzung. Überdies bringen diese Konflikte verschiedene Vorstellungen von Entwicklung zum Ausdruck« (2013, S. 80).

Der (Neo-)Extraktivismus, wie er weiter oben beschrieben wurde, ist eng verstrickt mit sozialen, aber auch kulturellen Aspekten und muss deshalb, so Burchardt und Dietz, »in seiner politischen Verfasstheit und ökologischen Destruktivität« (2013, S. 190) gesehen werden. Natur und Gesellschaft sollten jedoch nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Escobar spricht dabei von der Hervorbringung einer sozionatürlichen Welt:

»By this I mean an understanding of the complexity of relations between the biophysical and human domains (physico-chemical, organic, and cultural, broadly speaking) that account for particular configurations of nature and culture, society and nature, landscape and place, as lived-in and deeply historical entities.« (2008, S. 29)

Wie die Beschreibung unterschiedlicher Territorialitätskonzepte gezeigt hat, gehen mit diesen unterschiedlichen ontologischen Vorstellungen einher. Von der kulturellen Komponente in sozialökologischen Konflikten zu sprechen, bedeutet daher, diese unterschiedlichen Ontologien in den Fokus zu nehmen. Wie Escobar (2010a) betont, ist Umwelt immer bereits kulturell produziert, da sie nur durch

kulturell spezifische Bedeutungskonstitution erfahrbar wird. Mit der westlich-modernen Ontologie wurden bestimmte Vorstellungen und Praktiken eingeführt – die Trennung von Natur und Kultur, die Dominanz des Menschen über die Natur, der Glaube an eine objektive Wissensproduktion, Rationalität etc. – und als universell geltend etabliert. Sie finden ihren Ausdruck mitunter im Kapitalismus, während nichtwestliche Ontologien häufig nicht auf dualistischen Trennungen, sondern auf Relationalität und Reziprozität basieren. Escobar (2010) sieht deshalb viele Konflikte in Lateinamerika vor allem als *ontologische* Konflikte mit dem Potenzial, aus einer liberalen Ordnung resultierende Unterscheidungen zwischen Natur und Kultur zu denaturalisieren, die die Basis für andere Trennungen wie zivilisiert/barbarisch, Kolonialherr/Kolonisierte, entwickelt/unterentwickelt bilden. Vielmehr sind Relationen unterschiedlicher Art herzustellen, die, so Escobar (2008), kontinuierlich und nicht durch Kategorisierungen, sondern durch die Möglichkeiten, Unterschiede zu verhandeln, entstehen.

3.2.1 »Territoriale Konflikte«

Schon seit Beginn der Eroberung Lateinamerikas kämpften indigene Bewegungen gegen die Kolonialisierung an und drückten dabei alternative Raumvorstellungen aus, etwa im Zuge der Mapuche-Aufstände im 15. und 16. Jahrhundert, die die spanische Krone dazu zwangen, autonome Territorien zuzugestehen (Llancaqueo, 2006). In Lateinamerika werden das Konzept des Territoriums und die damit einhergehenden Implikationen seit Längerem in einem politischen Kontext kritisch reflektiert, weswegen der Begriff, wie bereits erwähnt (vgl. Kapitel 3.1), einen distinkten Gebrauch aufweist (Sandoval et al., 2017). Seit Ende der 1960er-Jahre wird das Konzept des Territoriums von indigenen Bewegungen häufig in den Vordergrund gestellt, um explizit die Bedeutung von Kontrolle über Land und Ressourcen mit Aspekten von Rassismus und Enteignung zusammenzudenken (Bryan, 2012). Dies verstärkte den Diskurs über Rechte zur Selbstbestimmung und Selbstverwaltung; die dabei erhobenen Forderungen wurden jedoch bisher größtenteils zurückgewiesen, da sie die nationale Vorherrschaft infrage stellen (Bryan, 2012). Ab den 1990er-Jahren wurden Forderungen sozialer Bewegungen (teilweise) anerkannt – als Folge von breiteren politischen und wirtschaftlichen Änderungen, Strukturreformen (Privatisierungen von Ressourcen) und den damit verbundenen sozialen Gegenbewegungen, die in diesem Zusammenhang die staatliche Autorität anfochten –, um eine Krise der grundsätzlichen Regierbarkeit des Raums zu verhindern (Bryan, 2012). Der *marcha por el territorio y la dignidad*⁸ im Jahr 1990 in Bolivien, der Protest für Territorium und einen plurinationalen Staat 1992 in Ecuador, aber auch die Aufstände der Zapatista 1994 werden als historische *turning points* im

8 Protestmarsch für unser Territorium und unsere Würde. (Übers. d. Verf.)

Rahmen von *Grassroots*-Kämpfen um indigene Territorien beschrieben (Halvorsen, 2019). Auch wenn jedem Konflikt unterschiedliche Genealogien in der Hervorbringung von Territorien zugrunde liegen, so wird doch deutlich, dass ›Territorium‹ an sich im politischen Diskurs als auch in politischen Widerstandsbewegungen zu einer zentralen Achse geworden ist (Halvorsen, 2019; Zibechi, 2008/2012). Hier sei beispielsweise die Verwendung des Begriffs *Abya Yala* als Bezeichnung für die Amerikas erwähnt. Die Bezeichnung stammt ursprünglich vom Volk der Kuna (heutiges Panama und Kolumbien), wurde seit den 1970er-Jahren verwendet und vor allem nach 1992 von vielen indigenen Bewegungen und Organisationen in ganz Lateinamerika im politischen Diskurs etabliert (Pertierra et al., 2020). Ziel ist es, mit dieser Benennung auf eine nichtwestliche Raumkonstitution zu verweisen.

In den 1990er-Jahren wurden Forderungen nach Selbstbestimmung und Autonomie indigener Bewegungen in Lateinamerika, aber auch in Ländern, Gebieten und Regionen außerhalb Lateinamerikas formuliert – immer mehr in Bezug auf Anerkennung kultureller Differenzen, des Rechts auf Selbstverwaltung und der Verpflichtung seitens der Staaten, internationale Standards und Rechte auch für die indigene Bevölkerung wahrzunehmen. Dies führte in manchen Ländern Lateinamerikas zu Verfassungsänderungen (Salazar & Córdova, 2020). Kolumbien war das erste Land, das durch Verfassungsreformen 1991 Landforderungen Indiger anerkannte. Ebenso spielte die Weltbank eine entscheidende Rolle in dem Prozess, »emphasizing the importance of property rights to both the expansion of markets and establishing principles of governability [...]« (Bryan, 2012, S. 217). Dieser Prozess fand auch in anderen Ländern statt (unter anderem in Paraguay 1991, Peru 1993, Ecuador 1998, Bolivien 1994) und hatte zum Ziel, die Besitzverhältnisse von Land und Ressourcen zu regulieren. Dadurch, so Bryan (2012), gaben Staaten die Kontrolle über bestimmte ›nationale‹ Landstriche auf, um tiefgreifende Markt-reformen initiieren zu können. Die Etablierung und Durchsetzung von Landrechten wird dabei sehr unterschiedlich ausgestaltet und steht immer wieder in Konflikt mit nationalen und ökonomischen Interessen.⁹ Zum Ende der 1990er-Jahre waren indigene Organisationen als zentrale Akteurinnen im politischen Diskurs etabliert und brachten neue Formen der Anerkennung von Rechten ein: »These demands included rights to traditional knowledge, rights to Indigenous languages, rights to sustainable development, rights of nature, rights to Indigenous medicine, and communication rights« (2020, S. 131), wie Salazar und Córdova schreiben.

Ohne Zweifel bewirkte die Anerkennung von Forderungen Indiger Verbesserungen in Bezug auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, jedoch führten

⁹ Einen Überblick über die unterschiedlichen Systeme in Bezug auf den Rechtsanspruch Indiger auf Land in Lateinamerika zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt Roldán Ortega, R. (2004). Models for Recognizing Indigenous Land Rights in Latin America. Washington D.C.: The World Bank Environment Department.

Anerkennungen von ›Landrechten‹ auch dazu, bestehende Hierarchien zu festigen (Hale, 2005). Denn der Staat bleibt jener Akteur, der Rechte zuerkennen kann, und hält somit die bestehende soziale Raumordnung aufrecht bzw. produziert diese kontinuierlich: »The reliance on legal (constitutional rights) and cartographic (mapping land titles) territorial practices led to an entanglement with modern/colonial ideas of territory (Wainwright and Bryan, 2009) despite drawing on alternative knowledges (e.g. collective governance and communal land rights).« (Halvorsen, 2019, S. 797) Ecuador erhielt internationale Aufmerksamkeit, als die Regierung Rafael Correas 2008 das Quechua-Konzept *sumak kawsay*, ins Spanische als *buen vivir* übersetzt, in die Verfassung aufnahm:

»Pushed largely by indigenous coalitions from the highlands and the Amazon, *sumak kawsay* has been explicitly formulated as a break with Western-style development; it shifts the emphasis from increasing economic growth to nurturing more harmonious relationships between communities and ecosystems. As part of this constitution, Ecuador became the first country in the world to grant rights to nature (Arts 71-74), recognizing the state's responsibility to preserve and restore the integrity of the ›vital cycles, structures, functions, and evolutionary processes‹ of the natural world (Constitution of Ecuador, Article 71).« (Fritz-Henry, 2015, S. 265)

Was zunächst wie ein radikaler Schritt zugunsten ökologischer Anliegen bzw. in Hinblick auf die Anerkennung indigener Weltanschauungen aussieht, wurde allerdings kritisiert, da einige widersprüchliche Klauseln des Artikels zwar den Schutz gewisser Areale garantieren sollten, gleichzeitig aber auch dem Staat eine erhöhte Autorität zusprechen, in Gebieten zu intervenieren, die ›von nationalem Interesse‹ sind (Fritz-Henry, 2015). Durch diese Widersprüchlichkeit und erneute Betonung staatlicher Handlungsmacht ist das Konzept des *buen vivir*, des guten Lebens für alle, laut Walsh (2011) nichts weiter als eine diskursive Strategie, die lediglich den Anschein eines Wandels erwecken soll, während gleichzeitig, immer noch unter Bezug auf Modernisierung, Entwicklung und Fortschritt, westliche Organisationen und kapitalistische Interessen gefördert werden.

Es zeigt sich, dass neben dem Nationalstaat und der mit ihm einhergehenden hegemonialen Stellung auch damit verbundene ökonomische Konzepte und Inwertsetzungslogiken zu Konfliktsituationen führen können (Fischer, 2013). Folglich ist nicht nur der Gebietsanspruch an sich, sondern die Territorialisierung, die Produktion des Raums als Territorium entlang kulturell spezifischer Vorstellungen Auslöser für Konflikte. Entsprechend werden diese Konfliktsituationen als territoriale Konflikte verstanden, in denen unterschiedliche Territorialitäten und damit einhergehende Ansprüche und Vorstellungen aufeinanderprallen. Dazu gehören auch die Debatte um Entwicklung bzw. Wachstum, Definitionen bzgl. der Degradierung von Lebensraum sowie Fragen zu Subjektstatus und Handlungsmacht.

3.2.2 Forderungen nach Land oder Territorium: Ein Unterschied?

»Is it true that, with title in hand, indigenous peoples will automatically be able to apply their territorial visions to reviving their own production models, their latent social networks and the combination of interest on which their concept of territoriality is based?« (2005, S. 8), schreiben García Hierro und Surrallés in ihrer Einleitung zu *The Land within*, um die Frage im Weiteren umfangreich zu verneinen: Abgesehen vom zu geringen Ausmaß territorialer Zugeständnisse an Indigene handelt es sich bei diesen Gebieten häufig um marginalisierte Räume, deren rechtliche Anerkennung zudem nicht ausreichend abgesichert ist: »[T]his legal recognition is not backed up by safety mechanisms capable of controlling the colonial mentality with which national societies relate to indigenous territories.« (Surrallés & García Hierro, 2005, S. 8) Nationalstaatlich geprägte räumliche Konzepte können weiterbestehen bzw. indigene Territorien überlagern, da letztere nur durch die Legitimierung innerhalb des rechtlichen Rahmens des Nationalstaates als solche anerkannt werden und somit einer externen Logik zustimmen müssen bzw. dieser unterliegen (Hale, 2011). Dadurch können externe Akteur*innen weiterhin intervenieren und das Territorium steht für die Ressourcenausbeutung zur Verfügung, was weitreichende Konsequenzen haben kann:

»The truth is that, for indigenous peoples, the consequences of giving in to external logics concerning the planning or control of their territories often leads to extreme poverty, to an acceleration of the depredation of their natural resources, to dispossession of their collective heritage and, in many cases to the break up or even forced abandonment of their territorial space. An unexpected and often accelerated transformation of their status takes place, from new landowners to impoverished rural people.« (Surrallés & García Hierro, 2005, S. 9)

Aus diesen und obigen Darstellungen ist abzuleiten, dass es bei der Debatte um eben beschriebene Konflikte nicht nur um die prinzipielle Anerkennung von Rechten gehen kann, sondern auch darum, was durch diese Anerkennung ermöglicht bzw. wie ein Territorium grundsätzlich konstituiert wird und welche ontologischen Voraussetzungen zugrunde liegen – weswegen sie als territoriale Konflikte begriffen werden. Während Eldens Arbeit (2013) explizit das westlich-moderne Verständnis von Territorium beleuchtet, fordert Halvorsen, vermehrt die dadurch exkludierten bzw. marginalisierten Vorstellungen und Praktiken von Territorium in den Blick zu nehmen:

»A greater sensibility to how the modern political technologies of controlling terrain and measuring land have been resisted, appropriated and (re)defined by political actors from below in different historical and geographical contexts

provides reason for taking Elden's impressive project forward. Doing so requires starting from a more open definition of territory.« (2019, S. 793)

Die Funktion des Begriffs, seine historische Konstituierung und Bedeutung in Konflikten rückt wie erwähnt vermehrt in den Vordergrund, wobei konventionelle Vorstellungen von Territorium als unveränderliche Grundlage für sozialräumliche Konfigurationen von Machtbeziehungen hinterfragt werden. Offen nimmt diesbezüglich eine bedeutende Unterscheidung zwischen territorialen und Landforderungen vor:

»Rural people have material, symbolic, and spiritual attachments to the land that supports their livelihood, and a given land claim might be buttressed by an enunciation of these attachments. Yet; by itself a land claim does not challenge the existing rules and regulations that govern property rights. A territorial claim is different; it demands an alteration of the rules. Territorial claims are not simply a land or collective property claim that seeks to plug into the existing institutional arrangements governing private property. Territorial claims are about power, an assertion of identity, autonomy, and a measure of control over encompassed natural resources.« (2003, S. 47)

Forderungen nach Land stellen Offen zufolge die bestehende Raumordnung nicht infrage, vielmehr führen sie die damit einhergehende Hierarchie fort, während territoriale Forderungen eine neue Territorialität innerhalb des ›nationalen Raums‹ bzw. vielmehr neben diesem durchzusetzen versuchen, um die Beziehung der Menschen zum Staat neu zu definieren (Offen, 2003). Territorialität – als Strategie zur kollektiven räumlichen Organisation und Bedeutungseinschreibung in den Raum (Vilanova, 2012) – beeinflusst, wie Territorien verhandelt, rechtlich wahrgenommen, physisch abgegrenzt und abgebildet werden, woraus Offen schlussfolgert: »Place meanings and spatial organizations are not ontological givens but are bound up with the lived experiences that give them sustenance. Thus, place meanings and the social networks woven through them can never be separated from the political process seeking their territorialization.« (2003, S. 48) Der *territorial turn* beschreibt also die Bedeutung territorialer Vorstellungen in oben beschriebenen Konfliktsituationen, in denen es nicht um Land als Eigentum oder wirtschaftlichen Faktor des Kapitalismus geht, sondern um das Konzept von Territorium bzw. Territorialität selbst als zentrales Element in der Konstruktion politischer Wirklichkeit (Offen, 2003; Escobar, 1998). In diesem Sinne fordern *territorial claims*, wie sie von indigenen Bewegungen artikuliert werden, eine epistemologische Pluriversalisierung hinsichtlich der Etablierung von Territorien.

Die Produktion von Territorium, die Verhandlung unterschiedlicher Territorien kann damit nicht nur eurozentrische Annahmen infrage stellen, sondern öffnet

das Konzept auch durch unterschiedliche Formen des Wissens bzw. der Wissensgenerierung, sodass die Partikularität der verschiedenen Zugänge deutlich wird (Escobar, 2008; Halvorsen, 2019). Als Akt einer Gegenbewegung gegen die als universell angenommene Position des Nationalstaates, so Wilson und Stewart, »many Indigenous groups have adopted the mantle of ›nation‹ as a direct appeal to international law meant to force settler states to acknowledge treaty relations entered into at the time of settlement« (2008, S. 18). In diesem Diskurs sind begriffliche Instrumente wie die Plurinationalität entstanden, die sich auf nichtwestliche Territorialitätskonzepte berufen und die Anerkennung unterschiedlicher Nationen bedeuten bzw. verstärken sollen.¹⁰

Die Anpassung an die nationalstaatliche Logik, innerhalb der auch beispielsweise die Bedeutung natürlicher Ressourcen für externe Akteur*innen eine wesentliche Rolle spielt, führte zur Verzerrung der territorialen Vorstellungen, die den Forderungen nach Territorium zugrunde liegen. Um dies zu verhindern, sollte innerhalb des politischen Diskurses von einem relationalen Raumkonzept aus gegangen werden, das der spezifischen indigenen Territorialität Rechnung tragen kann, um mehrere Sichtweisen ebenbürtig geltend zu machen und die weitreichenden Konsequenzen der Nichtbeachtung dieser aufzudecken, wie García Hierro und Surrallés vorschlagen: »It is also about demonstrating that, far beyond a utilitarian vision, all this diversity and complexity in indigenous peoples' relationships with their territory implies that any territorial abuse represents a violation of the people that make up those communities.« (2005, S. 12)

Die Berufung auf unterschiedliche Mensch-Umwelt-Beziehungen, unterschiedliche Verständnisse von Mensch und Natur, wie etwa im Kontext des *buen vivir*, in dem Natur als Rechtssubjekt und nicht als Produktionsfaktor gesehen wird, und letztlich auch die Betonung unterschiedlicher Territorialitäten in Verbindung mit einem Umweltdiskurs zur Formulierung politischer Forderungen definiert Svampa auch als öko-territoriale Wendex: »In ihr zeigt sich, wie aus der Sicht des kollektiven Widerstandes Forderungen nach dem Erhalt und dem Schutz der Umwelt mit der Verteidigung von Land und Territorium in aktuellen sozialökologischen Kämpfen zusammengedacht und verknüpft werden.« (2013, S. 84) Damit verbunden ist die Konstruktion kollektiver Handlungsrahmen, die der Bedeutungskonstitution als auch alternativen Vorstellungen kollektiver Subjektivitäten dienen und zur Mobilisierung gegen dominante Diskurse beitragen (Svampa, 2019). In diesem Widerstand zum Schutz der Umwelt geht es selten um die Idee der Bewahrung einer ›unberührten Natur‹, wie das im westlich geprägten Umweltdiskurs häufig der Fall ist, sondern um das Aufhalten der Degradierung der

¹⁰ Plurinationalität, so schreibt beispielsweise Radcliffe (2010), bezieht sich auf das politische Argument einer indigenen Gemeinschaft, auf Basis ihres jeweiligen Territoriums, ihrer Kultur und Geschichte, einen der westlich-modernen Nation ebenbürtigen Status zu erlangen.

Lebensgrundlage marginalisierter Bevölkerungsteile, worauf auch Adamson mit Blick auf die Zapatista-Bewegung verweist: »From the first, the Zapatista made it clear that they were not fighting to preserve a pristine rain forest; rather, they were fighting for the right to plan their own political, economic, and environmental futures.« (2001, S. xvi)

Diese Betrachtungen zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass territoriale Konflikte, wie sie den thematischen Zuschnitt der für die Analyse ausgewählten Filme darstellen, Aushandlungsprozesse widerspiegeln, die als Auseinandersetzungen um das Verständnis und die Deutung von Subjekt- und Raumkonstitution, von Mensch-Umwelt-Beziehungen sowie Machtstrukturen in Bezug auf unterschiedliche Wirklichkeitskonstruktionen zu verstehen sind. Im Folgenden soll nun auf die Machtstrukturen, deren Bedeutung für die Etablierung von Nationalstaaten als hegemoniale Territorien und die dabei relevanten Narrationen bzw. die Rolle von Medien eingegangen werden, um Prozesse der Territorialisierung nachzuzeichnen und anschließend über die Verortung indigener Dokumentarfilme über territoriale Konflikte in diesem Diskurs nachzudenken.

3.3 Die Durchsetzung westlich-moderner Territorien

Im Mittelpunkt des Interesses der vorliegenden Arbeit steht der Aushandlungsprozess unterschiedlicher Territorialitäten, insbesondere in Konfliktsituationen. Das produzierte Territorium wird jenem Subjekt zugeschrieben, das dieses performativ herstellt. Ein Subjekt bzw. eine Gruppe produziert für sich ein Territorium, das es besetzen und sein bzw. ihr Eigen nennen kann. Rechte und Subjekte sind daher innerhalb eines Territoriums eng miteinander verbunden. Dabei haben Machtstrukturen zentrale Bedeutung, die sich bis in die Kolonialzeit zurückverfolgen lassen bzw. sich aus kolonialen Erfahrungen und Logiken speisen. In diesem Zusammenhang sind das Konzept der Kolonialität der Macht und die daraus resultierende moderne/koloniale Weltordnung elementar, wie sie Quijano (2000) vorgestellt hat bzw. von anderen Wissenschaftler*innen, etwa Mignolo (2011), weiterentwickelt wurden. Diese Konzepte erlauben, die Hierarchie zwischen westlich-modernen und indigenen Wirklichkeitskonstruktionen nachzuzeichnen, weswegen sie in weiterer Folge genauer beschrieben werden. Darüber hinaus wird in diesem Kapitel zur Durchsetzung westlich-moderner Territorien auf die relevanten Narrationen über die Geografie zur diskursiven Bearbeitung des Raums eingegangen sowie insbesondere die Kartografie als wesentliches Instrument zur Repräsentation von Raum und gleichzeitiger Machtausübung thematisiert, wodurch westlich-moderne Territorien hervorgebracht wurden. Damit lässt sich zeigen, welche Bedeutungskonstitutionen zur diskursiven Bearbeitung des westlich-modernen Raums beitrugen, wie sich darauf aufbauend Nationalstaaten etablierten und nationale